

## Kritisch Erinnern

Positionspapier 11.12.2007

### Grüne Positionen zur Aufarbeitung der Vergangenheit

#### Ausgangslage

Immer wieder erleben wir in letzter Zeit Debatten über die angemessene Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit. Wie wollen wir deutsche Geschichte erinnern? Wie wollen wir das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus wach halten? Welche Rolle soll Aufarbeitung und Erinnerung an die DDR-Diktatur zukommen? Die Debatten deuten darauf hin, dass derzeit wichtige Weichen gestellt werden. Insbesondere müssen sich Gesellschaft und Politik der Tatsache stellen, dass bald keine Überlebenden und Zeitzeugen des Nationalsozialismus mehr unter uns sein werden. Dies bedeutet einen Epochenwechsel in der Erinnerungspolitik.

Die Bundesregierung hat im Sommer den Diskussionsentwurf für ein neues Gedenkstättenkonzept vorgelegt, Anfang November fand dazu im Ausschuss für Kultur und Medien eine Anhörung statt. In dem Papier mit dem Titel „Verantwortung wahrnehmen – Aufarbeitung verstärken – Gedenken vertiefen“ wird die zukünftige Gestaltung der öffentlichen Gedenkstätten, die an die nationalsozialistischen Verbrechen und die DDR-Diktatur erinnern, beschrieben. Der Schwerpunkt des Papiers liegt ganz klar auf der Aufarbeitung der DDR-Diktatur, es markiert damit gegenüber dem bisherigen rot-grünen Gedenkstättenkonzept eine inhaltliche Verschiebung. Diese Überbetonung vermittelt den Eindruck, als sei bei der Aufarbeitung des Nationalsozialismus das Wichtigste getan. Auch findet sich in dem Entwurf die tendenziell nivellierende Rede von den „beiden deutschen Diktaturen“, mit der auf problematische Weise die Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und DDR-Diktatur verwischt werden.

Auch sonst ist das Konzept hinsichtlich der Aufarbeitung des Nationalsozialismus ungenügend. Es fehlt eine ausdrückliche Würdigung und Förderung neuer zivilgesellschaftlicher Initiativen. Stattdessen ist der Entwurf getragen von einer paternalistischen Haltung des „Wir – die öffentlichen Institutionen - regeln das schon für euch!“. Da passt es ins Bild, dass die inhaltliche und politische Unabhängigkeit der KZ-Gedenkstätten nicht mehr ausdrücklich Erwähnung findet.

Gegen diesen Regelungs- und Befriedungswillen von oben muss es darum gehen, ein bewegliches und *kritisches* Geschichtsbewusstsein zu fördern, das heißt eine Form des Erinnerns, die Unterschiede und Widersprüche benennt, die aufrüttelt statt beruhigt. Dies ist heute eine umso dringlichere Aufgabe, da in naher Zukunft keine Zeitzeugen des Nationalsozialismus mehr unter uns sein werden.

#### Zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte

Auch bei der ausführlich behandelten DDR-Aufarbeitung offenbart der Konzeptentwurf der Bundesregierung Leerstellen und provoziert kritische Nachfragen. Mit dem Begriff „SED-Diktatur“ wird die Einbettung der DDR in den internationalen Kontext (Ostblock und Sowjetkommunismus) nicht hinreichend berücksichtigt. Fraglich ist auch, ob der Entwurf den realen Lebensbedingungen in der DDR tatsächlich gerecht wird. Repression, Anpassung, Abhängigkeiten, Ausgrenzung und Widerstand, aber auch Loyalitäten und ideologische Überzeugungen, haben das Leben in der DDR bestimmt. Einem verklärenden Rückblick lässt sich jedoch nur entgegentreten, indem diese Lebenswelt in der DDR in Gänze dargestellt wird. Deshalb sind jene Institutionen, die individuelle Schicksale erfahrbar und verständlich machen, zu stärken. Diesen Erfordernissen droht das vorliegende Gedenkstättenkonzept nicht gerecht zu werden. Neben den Ausführungen zur Kultur des Erinnerns werden darüber hinaus auch bei der Aufarbeitung von SBZ und DDR die Weichen falsch gestellt. Das nach wie vor hohe Interesse bei der Einsichtnahme in Stasiakten

ebenso wie die Versuche einer Geschichtsklitterung durch ehemalige MfS-Mitarbeiter zeigen, dass Aufarbeitung und Aufklärung noch dringend nötig sind. Unverzichtbar ist zudem ein differenzierter Blick auf die vorgeblich „guten Seiten“ der DDR. Notwendig wäre dafür eine stärkere Auseinandersetzung mit den individuell höchst unterschiedlichen Biografien und Erinnerungswelten.

Generell wird in dem Papier der Gefahr einer Zentralisierung der DDR-Gedenkstätten in Berlin nicht begegnet. Auch diese Tendenz wäre kritisch zu befragen – schließlich ermöglichen die Initiativen und Einrichtungen in der Provinz eine differenzierte und inhaltlich breite Auseinandersetzung mit der DDR-Gesellschaft.

So wichtig diese Fragen in Bezug auf die DDR-Aufarbeitung sind: Im Folgenden soll es darum gehen, einige Grundsätze zu formulieren, die unabdingbare Voraussetzung für ein dauerhaft in der Gesellschaft verankertes kritisches Geschichtsbewusstsein *in Bezug auf den Nationalsozialismus* sind. Zugleich finden sich konkrete Vorschläge für ein zukünftiges „kritisches Erinnern“. Die folgenden zehn Punkte sind als Intervention in die wichtigen aktuellen Debatten um die Zukunft des Gedenkens gedacht.

### **Zehn Grundsätze für ein kritisches Geschichtsbewusstsein**

1. Die Aufarbeitung der Shoah ist unabschließbar und nie vollendet. Die Verbrechen des Nationalsozialismus prägen die deutsche Identität und bedeuten eine Verantwortung, die niemals ‚loszuwerden‘ ist. Sie werden und sollen immer in die deutsche Gegenwart hineinragen. Sie sind „das Unverjährbare“ (Vladimir Jankélévitch) in dem Sinne, dass Deutschland dauerhaft die Verantwortung trägt, den „Staffelstab der Erinnerung“ (Paul Spiegel) an nachfolgende Generationen weiterzugeben. Dieser Verantwortung hat sich Deutschland neu zu stellen, da in naher Zukunft keine Überlebenden der Shoah und Zeitzeugen mehr unter uns sein werden.
2. Die Verbrechen des Holocaust, die systematische Ermordung von Juden, Roma und Sinti, die Verfolgung Homosexueller und anderer Minderheiten, aber auch die Verbrechen der so genannten „Euthanasie“ sind historisch einzigartig und lassen sich nicht mit anderen Diktaturen, ganz sicher auch nicht mit der DDR-Diktatur, gleichsetzen. Dies ist gerade mit dem zunehmenden zeitlichen Abstand immer wieder ins öffentliche Bewusstsein zu tragen und zu vermitteln.
3. Der Nationalsozialismus konnte sich im Gegensatz zur DDR-Diktatur, die ohne den Sowjetkommunismus nicht möglich gewesen wäre, auf ein hohes Maß an Unterstützung und Mobilisierungsbereitschaft der Gesellschaft stützen. Auch daraus erwächst eine besondere historische Verantwortung.
4. Die historische Einzigartigkeit der systematisch geplanten und fabrikmäßig durchgeführten nationalsozialistischen Vernichtungspolitik verlangt eine präzise und genaue Sprache. Auf bewusste oder unbewusste rhetorische Nivellierungen und Relativierungen wie in der Rede von den „beiden deutschen Diktaturen“, dem „Jahrhundert des Totalitarismus“ oder der „im Namen Deutschlands begangenen Verbrechen“ sollte gerade in öffentlichen und politischen Reden verzichtet werden.
5. In der politischen Debatte sollte darauf geachtet werden, dass die Logik der „Opferkonkurrenz“ nicht fortgeführt wird. Jede berechnete Anerkennung des individuellen Leids deutscher Kriegs- und Vertreibungsoffer muss vom Bewusstsein des historischen Kontexts getragen sein. Die Anerkennung des einen Leids darf nicht die Relativierung des anderen bedeuten. Jede Form der Aufrechnung verbietet sich.
6. Erinnerung und Aufarbeitung sind keine rein staatliche Angelegenheit. Gerade die kritische Aufarbeitung des Nationalsozialismus musste von der Zivilgesellschaft gegen den Staat erkämpft und durchgesetzt werden. Wollen wir verhindern, dass sich das öffentliche Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in bloßen öffentlichen Ritualen der „Anlasserinnerung“ erschöpft, müssen wir zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte aus der Mitte der Gesellschaft im Sinne einer lebendigen „Aufarbeitung von unten“ fördern.
7. Nach dem Verschwinden der Erfahrungsgeneration und dem Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Erinnern ist eine breit angelegte Bildungsoffensive entscheidend. Nicht nur aber vor allem für Kinder und Jugendliche. Untersuchungen zeigen, dass gerade in Ostdeutschland unter Jugendlichen ein eklatantes Unwissen über den Nationalsozialismus herrscht, obwohl er offiziell die am intensivsten unterrichtete Phase der deutschen Geschichte ist. Wir brauchen eine Art der Vermittlung, die deutlich macht, dass der Nationalsozialismus nicht wie eine Naturkatastrophe „von oben“ über Deutschland kam, sondern tief in der Gesellschaft verankert war. Zugleich

sollte Jugendlichen auch gezeigt werden, dass es zugleich mitmenschliches und abweichendes Verhalten bis hin zum Widerstand gab. "Man kann ja doch nichts machen", traf sogar unter den Bedingungen der Nazi-Diktatur nicht zu. Wichtig sind regelmäßige Lehrerfortbildungen, Diskussion über neue Lernziele, die biographische Arbeit zu Tätern und Opfern, eine systematische Erschließung und Nutzung von Archiven, die Spurensuche im regionalen und lokalen Kontext, Aufklärungsarbeit in Jugendeinrichtungen usw. Die KZ-Gedenkstätten müssen systematisch als Lernorte gefördert und gestaltet werden, um dauerhaft mit Schulen kooperieren zu können. Dies setzt auch eine Stärkung der Archive an den Gedenkstätten voraus. Nirgendwo kann so eindringlich das Wissen über die Nazi-Verbrechen vermittelt werden, wie an den authentischen Orten des Grauens. Eine Musealisierung der Erinnerung kann dies nicht ersetzen.

8. Aus der Unabschließbarkeit der Aufarbeitung folgt die Unabschließbarkeit der Forschung. Noch immer sind längst nicht alle Aspekte des Nationalsozialismus hinreichend wissenschaftlich untersucht. Deshalb sind Wissenschaft und Forschung gerade hier zu fördern und die KZ-Gedenkstätten als Forschungsstätten zu profilieren.
9. Wirtschaftliche Erfolgskriterien dürfen nicht entscheidend für die Förderung einer KZ-Gedenkstätte und für ihren „nationalen und internationalen Stellenwert“ sein. Die Gedenkstätten sind aus ihrer strukturellen Unterfinanzierung herauszuholen, unabhängig von Besucherzahlen. Es gibt immer noch vergessene und verdrängte Orte des NS-Verbrechens. Auch wird mit der ökonomischen Argumentation die Bedeutung der Orte für die Opfer und ihre Nachkommen ignoriert.
10. Ein kritisches Geschichtsbewusstsein ist auch notwendige Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung des aktuellen Rechtsradikalismus. Hier ist unverdrossene Aufklärungsarbeit gefragt, etwa wenn die Verbrechen des Nationalsozialismus geleugnet oder relativiert werden. Neben dem „traditionellen“ primären Antisemitismus gilt es dabei, sich neuen Formen des Antisemitismus zu widersetzen. Ein sekundärer Antisemitismus, der sich insbesondere gegen den Staat Israel richtet, hat weltweit Konjunktur - nicht nur in der islamischen Welt. In der schulischen und außerschulischen Bildung gilt es deshalb Logik und Gefahren dieses sekundären Antisemitismus zu vermitteln. Aber auch zunächst harmlose klingende Argumentationsfiguren wie die Forderung einer besonderen moralischen Verantwortung von Juden (namentlich Israels) *wegen* der jüdischen Erfahrung der Shoah gilt es zu thematisieren und zu entlarven.